

## Prostitution ist kein Fall fürs Gesetz

Mit ihrem Artikel „Prostitution zwischen Arbeit und Missbrauch“ hat Kerstin Wilhelms in der Graswurzelrevolution Nr. 384 u.a. aufgezeigt, dass der von der „BILD“-Kolumnisten Alice Schwarzer lancierte „Appell gegen Prostitution“ vor Verallgemeinerungen und Diskriminierungen nur so strotzt. Ihr Fazit: „Natürlich wünsche ich mir (...) eine ‚Befreiung der Sexualität vom Kommerz‘. Selbstverständlich. Ich wünsche mir eine Befreiung aller Lebensbereiche vom Kommerz. Dennoch muss es zugleich darum gehen, die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen im Sinne der ArbeiterInnen zu verbessern. Dabei helfen Verbote, Kriminalisierung und Stigmatisierungen nicht weiter.“ An diesen Artikel anknüpfend setzen wir in dieser Ausgabe die Diskussion in Form eines Schwerpunkts fort. Den Auftakt liefert der folgende Beitrag der feministischen Bloggerin Antje Schrupp. (GWR-Red.)

Die jüngste Diskussion über Prostitution hat gezeigt, wie sehr politische Debatten hierzulande mit der Frage nach Gesetzen und Verboten gleichgesetzt werden.

So hat Alice Schwarzer gleich zu Beginn ihren (berechtigten) Appell dagegen, dass Prostitution zunehmend als normales und unausweichliches gesell-

schaftliches Phänomen betrachtet wird, unmittelbar mit einer Forderung nach gesetzlichen Verboten und Reglementierungen von Sexarbeit verknüpft. Die Gegenseite wiederum hat aus ihrer (ebenfalls richtigen) Beobachtung heraus, dass ein Prostitutionsverbot in erster Linie den anschaffenden Frauen schaden würde, ein un-

kritisches, ja fast kitschig positives Bild von Sexarbeit als selbstbestimmter Tätigkeit sexuell freier Menschen gezeichnet.

Doch wenn die Frage nach „gut/schlecht“ oder „freiheitlich/ausbeuterisch“ unmittelbar verknüpft wird mit der Schlussfolgerung „muss der Staat erlauben/verbieten“, dann wird der eigentliche Kern des Themas verfehlt. Dass ein gesetzliches Verbot von Prostitution vor allem den betroffenen Frauen schadet, lässt sich kaum bezweifeln. Deshalb haben sich nicht nur Vereinigungen von Sexarbeiter\_innen und Pro-Sexarbeits-Feministinnen gegen den Schwarzer-Appell positioniert, sondern zum Beispiel auch viele soziale Beratungsstellen.

Fortsetzung auf Seite 6 ff.

## Wer nichts zu verbergen hat, ist langweilig

Das Internet im Zeitalter des Großen Bruders

Seite 11



Abb.: Banksy

## Concert for Anarchy

Woody Guthrie

Seite 16 f.



Woody Guthrie

Foto: Wikipedia

## 100 Jahre Erster Weltkrieg

Nationalismus, Militarismus und Krieg in der deutschen Sozialdemokratie bis 1914

Vor 100 Jahren bewilligte die deutsche Sozialdemokratie die Kriegskredite und machte damit den Weg frei für den Beginn des Ersten Weltkriegs. Heutzutage ist es normale parlamentarische Praxis (nicht nur) der SPD Kriegskredite zu bewilligen. Kriegskredite kritisiert niemand mehr grundsätzlich, die jährlichen Abstimmungen werden teilweise nicht einmal mehr öffentlich wahrgenommen. Doch dass die Gelder für die Kriegseinsätze der Bundeswehr von Ex-Jugoslawien bis hin zu Afghanistan jedes Jahr neu parlamentarisch

bewilligt wurden und dass die in die Große Koalition gebundene SPD sie auch künftig weiter bewilligen wird, bleibt für uns ein Skandal. Vor hundert Jahren, am Anfang des Ersten Weltkriegs von 1914-1918, begann das patriotische Umfallen der SPD bei den Kriegskrediten. Wir erinnern daran mit einem Artikel, der eine Reihe von Auseinandersetzungen, historischen wie auch aktuellen, in der GWR zum hundertjährigen Gedenken an den Ersten Weltkrieg beginnen soll. (GWR-Red.)

Fortsetzung auf Seite 14 f.

Aus dem Inhalt

**Sterbenlassen, abwehren und wegschauen**

Europas Umgang mit syrischen Flüchtlingen  
Seite 3

**Den Klimawandel aufhalten!**

Die Schlummerfunktion der Klimathematik  
Seite 10

**Die Ereignisse in der Ukraine**

Bericht eines ökosozialistischen Aktivisten aus Kiew  
Seite 12

**Anarchisten unter der Pinochet-Diktatur**

Ein Bericht aus Chile  
Seite 13

**Karl May**

... zwischen Pazifismus und Völkerstereotyp  
Seite 19



# Über die Ereignisse in der Ukraine

## Bericht eines ökosozialistischen Aktivisten aus Kiew

Bei den jüngsten Ereignissen in der Ukraine gibt es zwei sich überlappende Typen der Konfrontation. Die erste Konfrontation ist international-politischer Art. Sie spiegelt den Kampf zwischen den europäischen Staaten und Russland um den Einfluss im postsowjetischen Raum.

Der Kurs der Ukraine, der auf eine Annäherung an die Europäische Union und die NATO zielt, wurde noch von Präsident Leonid Kutschma während seiner zweiten Amtszeit (1999 - 2004) proklamiert.

Nach der sogenannten „Orangen Revolution“ 2004, als der prowestliche National-Liberale Viktor Juschtschenko zum Präsidenten wurde, kam es zu einer verstärkt proeuropäischen Orientierung der ukrainischen Politik; die Beziehungen mit Russland verschlechterten sich dagegen.

Der 2010 zum Präsidenten gewählte Vertreter der „Partei der Regionen“, Viktor Janukowitsch, versprach eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland, setzte aber in der Praxis den Kurs der Annäherung an die EU fort, und zwar auf eher pragmatische Weise, indem er versuchte, die Interessen der ihm nahestehenden Business-Gruppen zu verteidigen.

Jetzt wurde beim Gipfeltreffen der Initiative „Östliche Partnerschaft“ in Vilnius die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine geplant. Aber eine Woche vor dem geplanten Termin erklärte die ukrainische Regierung, dass der Prozess der Vorbereitung auf die Unterzeichnung eingestellt werde.

Der Ministerpräsident der Ukraine, Nikolaj Asarow, wurde dazu durch einen Brief des Internationalen Währungsfonds motiviert. Der IWF wollte demnach seinem Land vorschreiben, die Gas- und Heizungspreise um 40% zu erhöhen, die Löhne einzufrieren und die Staatsausgaben weiter zu kürzen. Außerdem berichtete Asarow, dass viele ukrainische Betriebe infolge der Eurointegration geschlossen werden müssten.

Dabei ist zu betonen, dass die ukrainischen Behörden keine Kursänderung erklärten. Somit ist klar, dass die Regierung der Ukraine in Wirklichkeit einfach mehr Privilegien von der EU möchte, um die ihr nahestehenden Großunternehmen zufrieden zu stellen und erst dann ein Assoziierungsabkommen zu schließen.

### Innenpolitische Konflikte

Der zweite Widerspruch ist innenpolitisch. 2015 sollen die nächsten Präsidentschaftswahlen stattfinden. Die Ukraine ist eine präsidentenparlamentarische Republik mit weitgehenden Vollmachten des Präsidenten. Jede politische Kraft versucht jedes mehr oder weniger wichtige politische Ereignis dazu zu benutzen, um vor den Wahlen eine bessere Position zu erobern.

Die Einstellung des Vorbereitungsprozesses auf das Assoziierungsabkommen mit der EU war keine Ausnahme. Am Abend des 21. November, kurz nach Bekanntmachung des Regierungsbeschlusses, rief der Oppositionspolitiker Arsenij Jazeniuk seine AnhängerInnen durch eine Erklärung per Twitter

auf, Protestaktionen zu starten. Die erste Aktion in Kiew begann um 22 Uhr am Unabhängigkeitsplatz (Majdan). Am Ende des ersten Tages nahmen 1000 bis 2000 Menschen an der Protestkundgebung teil. Verschiedene politische und soziale AktivistInnen sowie Oppositionsführer kamen. Die Aktion wurde „Euromajdan“ („Platz für die Eurointegration“) genannt. Es gab Informationen, dass die Anhänger der Eurointegration ähnliche „Euromajdans“ auch in den Städten Iwano-Frankiwsk, Luzk, Lwiw, Ternopil, Ushgorod, Chmelnezkyj, Odessa, Charkow u.a. organisierten. In einigen Ländern der Welt gab es Solidaritätsaktionen, auch in Deutschland. Ein Unterschied zu den Protesten von 2004 ist das dramatische Erstarken des rechtsnationalistischen Segments, was eindeutig weder den Klassenwiderstand noch die Toleranz gegenüber Minderheiten begünstigt. Der Protest wurde vor allem von den EinwohnerInnen Kiews sowie von den Menschen im Westen und im Zentrum des Landes unterstützt. Die Bevölkerung des russischsprachigen Ostens und des Südens der Ukraine ist traditionell prorussisch. So wird die Ukraine heute zum Schauplatz des Kampfes zwischen den internationalen imperialistischen Zentren.

### Anschluss an die NATO

Es ist klar, dass eine notwendige Folge der Aufnahme in die EU der Anschluss an die NATO sein wird. Das wird nicht nur die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine, sondern auch die allgemeine Sicherheitslage in Osteuropa verschlechtern. Die Idee der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine findet keine ernsthafte Unterstützung in der Bevölkerung. Paradoxerweise unterstützt eine relative Mehrheit die Idee einer EU-Mitgliedschaft, nicht aber einen Anschluss an die NATO. Einige politische Kräfte, z.B. die offizielle kommunistische Partei, unterstützen den Anschluss an eine „Zollunion“ mit Russland, Weißrussland und Kasachstan als Alternative zur EU. Diese Idee hat jedoch keine seriöse Grundlage und findet wenig Unterstützung.

### Die Opposition

Die ukrainische Opposition, die für eine möglichst schnelle Integration in die EU ist, ist heterogen. Ein Teil hat eher liberale Auffassungen, andere sind liberal-nationalistisch oder radikal-nationalistisch. Die größte Oppositionspartei ist die Gesamtkrainische Vereinigung „Batkiwschtschina“ („Vaterland“). Ihre Führerin, die ehemalige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko, sitzt im Gefängnis: Sie wurde wegen Machtmissbrauchs beim Abschluss der Gaslieferungsverträge mit Russland (der Vorfall ereignete sich im Januar 2009) angeklagt und verurteilt. Das Oberhaupt des Politischen Rates der Partei ist Arsenij Ja-



Euromajdans-Demonstration in Kiew, 1.12.2013. Auf den ersten Blick könnten sie mit der schwarz-roten Fahne des Libertären Sozialismus verwechselt werden. Aber diese schwarz-roten Fahnen sind Symbole des extrem rechten „Kongress Ukrainischer Nationalisten“. Foto: Wikipedia

zeniuk, Ökonom, Jurist und ehemaliger Vorsitzender des Parlaments.

Die Partei ist ein Sammelsurium verschiedener liberaler sowie liberalnationalistischer Politiker und hat keine klare Ideologie. Ihre Hauptforderung heute ist die Freilassung von Timoschenko.

Die zweite große Oppositionspartei ist die Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen („UDAR“, was „Schlag“ bedeutet). Ihr Führer ist der weltbekannte Boxer Witalij Klitschko. Auch diese Partei hat keine klare Ideologie; man kann sie aber als liberal und eurozentristisch bezeichnen. Auf internationaler Ebene ist sie Partner der deutschen CDU. Es gibt Informationen, dass diese Partei auch von einigen Geschäftsleuten und Politikern unterstützt wird, die der heutigen Regierung nahe stehen, wie Wiktor Pintschuk, Dmitrij Firtasch und dem Chef der Präsidentschwerwaltung, Sergej Ljowotschkin.

Die dritte große Oppositionspartei ist die Gesamtkrainische Vereinigung „Swoboda“ („Freiheit“) mit Oleg Tjagnibok an der Spitze. Diese Partei hat eine ganz klare Ideologie - anders als die zwei erstgenannten. Diese Ideologie hat aber mit den „europäischen Werten“ nicht viel zu tun: ukrainischer Radikalnationalismus in Verbindung mit Sozialpopulismus. Bezeichnenderweise hieß die Partei bis 2004 „Sozial-Nationale Partei“. Das Ukrainische Jüdische Komitee qualifiziert diese Partei als faschistisch und ihren alten Namen als in Anspielung auf die NSDAP gewählt.

Im Jahresreport 1999 des Stephen Ross Instituts für die Erforschung des Antisemitismus und Rassismus hieß es: „Die Ukrainische Sozial-Nationale Partei ist eine extremistische, rechtsstehende, nationalistische Organisation, was durch ihre Identifikation mit der Ideologie des deutschen Nationalsozialismus unterstrichen wird.“

Im Jahre 2012 wurde „Swoboda“ zum ersten Mal ins ukrainische Parlament „Oberste Ra-

da“ gewählt: Sie bekam 36 von 450 Mandaten. Heute versuchen die Parteiführer eine „gemäßigtere“ Politik zu demonstrieren als zuvor. Sie weisen die Nazismus-Vorwürfe zurück, geben aber weiter ausländerfeindliche Erklärungen ab und pflegen weiterhin Beziehungen mit neonazistischen Jugendgruppen, indem sie diese vor den Rechtsschutzorganen verteidigen. Im Zuge der weiteren Vertiefung der Krisenerscheinungen in der internationalen und ukrainischen Wirtschaft und der wachsenden Unzufriedenheit mit der Regierung und ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik wird sich „Swoboda“ als eine konsequente Gegnerin der existierenden Macht positionieren und einen großen Teil der Unzufriedenen in sich integrieren. Es gibt Vermutungen, dass „Swoboda“ auch von einigen regierungsnahen Kräften unterstützt wird, weil Tjagnibok in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen ein ziemlich bequemer Gegner für Janukowitsch wäre.

Ein Teil der von den Parteien mobilisierten AktivistInnen nimmt an den Protesten traditionsgemäß gegen Bezahlung teil. Das betrifft vor allem die AktivistInnen von „Batkiwschtschina“ und „Udar“. Die „Swoboda“-Partei hat dagegen mehr ideologisch motivierte AnhängerInnen - zumeist BefürworterInnen des ethischen Nationalismus, der Intoleranz gegenüber Minderheiten und der Reaktion.

Im Protest für die Eurointegration gibt es auch einen parteilosen Teil. Das sind Leute, die vom Westen finanzielle Unterstützung bekommen; StudentInnen und Intellektuelle, die aus unbestimmten Gründen meinen, dass die EU und die „europäischen Werte“ identisch sind; kleine Geschäftsleute, die hoffen, dass die Annäherung an die EU den Sieg über die Korruption in der Ukraine begünstigen wird; VertreterInnen sexueller Minderheiten, die versuchen, die Homophobie der nationalistischen ProtestlerInnen zu ignorieren. Generell

kann man diesen Protest als bürgerlich bis kleinbürgerlich bezeichnen. Die Forderungen nach Annäherung an die EU, Bürgerrechten, Bekämpfung der Korruption usw. wären bestenfalls bürgerlich-demokratisch.

### AnarchistInnen

Ein kleiner Teil der jugendlichen AnarchistInnen und Linksradikalen nimmt ebenfalls an den Protesten teil. Man sollte aber ihren Einfluss auf die Masse der Protestierenden nicht überschätzen. Auf eine sozialistische Revolution ist die heutige Ukraine (wie eigentlich die meisten anderen Länder der Welt) leider nicht vorbereitet. Dafür braucht man einen ganz anderen Bewusstseinsstand.

### Repression

Am 30. November, um 4 Uhr nachts, vertrieben die „Berkut“ genannten Spezialeinheiten der Polizei gewaltsam eine Kundgebung der AnhängerInnen der Eurointegration vom Majdan. Dutzende Menschen wurden verletzt. Laut offiziellen Angaben wurden 21 Menschen in Krankenhäuser gebracht, 7 davon mussten stationär behandelt werden. Dutzende AktivistInnen wurden von der Polizei festgenommen. Die Opposition sagt, etwa 1.000 Menschen seien bei der Auflösung der Kundgebung am Majdan gewesen. Die Verletzten und Verprügelten fanden in der Michajlowski-Kathedrale Zuflucht. Die Menschen, die über diese Gewaltanwendung vor allem gegen jüngere Männer und Frauen empört waren, versammelten sich am 30. November in den Morgenstunden am Michajlowskaja-Platz. Es waren 10.000 bis 15.000 Menschen. Klitschko, der sich in Lwiw befand, rief zu einer „Volksversammlung“ („Wetsche“) auf; später führen einige Tausend Menschen von dort aus nach Kiew.

Ich glaube nicht, dass das Problem der Polizeigewalt durch Regierungswechsel und Reformen im Rahmen des existieren-

den Systems lösbar ist. Dazu braucht man eine grundsätzliche Umgestaltung der existierenden gesellschaftlichen Verhältnisse, eine Abkehr von der Berufspolizei und deren Ablösung durch eine volkseigene Selbstverteidigung.

Präsident Janukowitsch verurteilte indirekt die Gewaltanwendung durch die Polizei. „Ich verurteile die Aktionen, die zu einer gewaltsamen Konfrontation und zum Leiden der Menschen führte“, sagte er. „Vor einigen Tagen habe ich vor dem ganzen Land erklärt, dass ich die zivilen gewaltfreien Aktionen unterstütze. Diejenigen, die nicht auf die Worte der Verfassung und des Präsidenten gehört und durch ihre Beschlüsse und Aktivitäten einen Konflikt am Majdan provoziert haben, werden bestraft.“

Er forderte von der Staatsanwaltschaft, ihm und der Gesellschaft schnellstens alle Ergebnisse einer objektiven Untersuchung zur Verfügung zu stellen und die Schuldigen zu bestrafen. Später bat Ministerpräsident Asarow im Namen der Regierung für die Polizeiaktion um Verzeihung. Einige Parlamentsmitglieder der Regierungspartei (Partei der Regionen) verließen die Fraktion. Es gab Mitteilungen, dass der Chef der Präsidentschwerwaltung, Sergej Ljowotschkin, seinen Rücktritt erklärt habe; dieser sei jedoch abgelehnt worden. Ljowotschkin ist selbst Anhänger einer Annäherung an die EU. So sind auch die regierenden Kräfte in der Frage der Eurointegration nicht einig. Teile der Regierung wären bereit, die oppositionellen Bestrebungen für eine möglichst schnelle Integration in die EU zu unterstützen.

Am 1. Dezember 2013 verlagerten sich die Protestierenden vom Michajlowskaja-Platz auf den Majdan. Die Zahl der TeilnehmerInnen war schätzungsweise 20.000 bis 60.000. Als Unterstützung kam auch eine polnische Delegation mit Jaroslaw Kaczynski und Jerzy Busek an der Spitze. Eine Gruppe, die aus etwa 200 AktivistInnen be-

Fortsetzung nächste Seite

# Anarchisten unter der Pinochet-Diktatur

## Ein Bericht aus Chile

Salvador Allende und Augusto Pinochet sind die weltweit bekanntesten politischen Persönlichkeiten Chiles. Die erstmalige Ankunft des Sozialismus auf demokratischem Wege in den drei Jahren der Unidad Popular (1970-1973) und die gewalttätige Durchsetzung des Neoliberalismus sowie die regelmäßige Verletzung der Menschenrechte unter der Militärdiktatur (1973-1989) sind gleichzeitig die am meisten diskutierten Prozesse und Ereignisse, wenn man über dieses Land spricht. In diesen Tagen erinnert man sich des vierzigsten Jahrestages des Putsches, welche eines der traurigsten Kapitel in der Geschichte der Menschen einleitete, die in diesem Land leben. Ein Prozess, dessen soziale, kulturelle und wirtschaftliche Effekte sich bis in die Gegenwart auswirken. Es handelt sich um die jüngste Vergangenheit.

Und in dieser Geschichte: Wo waren die Anarchisten? Wie interpretierten sie diese Geschichte und wie versuchten sie sie zu verändern?

Im Folgenden werden wir die Handlungsweise der Libertären zur Zeit der Militärdiktatur skizzieren, den rauen Jahrzehnten, welche paradoxerweise Zeugen des Wiederauflebens libertären Denkens und Handelns in diesem Land waren.

Am 11. September 1973 begann in Chile eine Militärregierung, die sich bis 1989 fortsetzte.

Die gesamte Linke wurde geächtet und ihre Militanten wurden systematisch verfolgt, aus dem Land verbannt, eingesperrt, gefoltert und gequält. Tausende wurden getötet und blieben verschwunden.

Der Staat wurde neu geordnet, Meinungsfreiheit und Versammlungsrecht radikal beschnitten, während sich gleichzeitig seine Struktur der gewalttätigen Einführung des Neoliberalismus aufs Äußerste anpasste.

Aufgrund der Zersplitterung und der Tatsache, dass sie damals keine reale Gefahr für die neue Ordnung darstellten, erfasste die Repression nicht direkt die Libertären, so wie es mit der marxistisch-leninistischen Linken geschah. Die wenigen anarchistischen Organisationen, die während der Tage des Sozialismus wirkten, wie El Movimiento Sindical Libertario und La Federación Libertaria de Chile, verschwanden, und etwas mehr als zwanzig der Mitglieder gingen ins Exil, vor allem nach Argentinien, Italien, Frankreich, in die Schweiz und nach Holland. Davor aber waren viele in den Folterzentren, die die Diktatur errichtet hatte.

Nach dem Putsch versuchten einige kleine Gruppen oder isolierte EinzelkämpferInnen zum Widerstand beizutragen, sowohl im Inneren des Landes als auch im Ausland. Innerhalb Chiles artikulierten sie sich, indem sie an Organisationen für Menschenrechte, des Syndikalismus, des Feminismus, für Ökologie und des Kollektivismus teilnahmen. Die Solidarität mit den Gefangenen des Regimes war eines der Hauptthemen der Antiautoritären. Wir werden dies im Folgenden aufzeigen. Die Norsk Syndikalistisk Forbund (NSF), eine Zentrale der libertären ArbeiterInnen Norwegens, angebunden an die anarchosyndikalistische Internationale ArbeiterInnen Assoziation (IAA) arbeitete mit dem Comité de Defensa de los Derechos Humanos y Sindicales (Komitee zur Verteidigung der menschlichen und gewerkschaftlichen Rechte) bei der Aufgabe zusammen, Gefangene der Vanguardia Organizada del Pueblo aus dem Land zu schaffen und sie nach Norwegen zu schicken. Die VOP war von der Unidad Popular verfolgt worden.

Sie war isoliert von der ganzen Linken, die einer Partei angehörte, nach dem Mord 1971 an dem Ex-Minister Edmundo Pérez Zugovic, den man für den Tod zahlreicher Bewohner in Puente Montt verantwortlich machte. Mehr als sieben Gefangene dieser Organisation wurden durch die gemeinsame Anstrengung der Verteidiger der Menschenrechte in Chile und der Libertären in Europa aus dem Land geschafft und aus der Todesgefahr befreit. Ein kurzer und symbolischer Beweis dieser neuen Zusammenarbeit ist ein 1978

datierter Brief von zwei Gefangenen in Santiago an die NSF.

„Da dies, die Freiheit des Menschen, eine der Hauptanliegen der Anarchisten ist, müssen sie an ihrem Aufbau beteiligt sein, ebenso die Vertreter anderer Ideologien, wie die Marxisten oder die revolutionären Christen usw., so dass die Revolution nicht Eigentum einer reduzierten Gruppe von Personen ist, sondern wirklich des ganzen Volkes.“

Parallel zu dem vorher Beschriebenen gab es Versuche der Re-Organisation von spezifisch libertären Gruppen. 1985 gründet man z.B. in Santiago das Centro de Estudios Sociales Hombre y Sociedad, eine Organisation (unter dem Deckmantel eines Sportvereins), die vor allem aus alten Anarcho-Syndikalisten bestand. Abgesehen davon gab es kleine und kurzlebige Gruppen, die sich für Sabotage und Spionage einsetzten.

Neben den Aktivitäten innerhalb des Landes muss man auf die der exilierten chilenischen AnarchistInnen im Ausland und die ausländischen Gruppen verweisen, die mit ihnen kurzzeitig oder permanent zusammenarbeiteten. Unter den letztgenannten befinden sich die Federación Obrera Regional Argentina, die Confederación Nacional del Trabajo in Spanien, die Fédération Anarchiste in Frankreich, die deutsche Freie ArbeiterInnen-Union (FAU), die Gruppe Workers Emancipation in den USA, die Norsk Syndikalistisk Forbund in Norwegen, die schwedische Sveriges Arbetares Centralorganisation und die Asociación Internacional de Trabajadores. Alle diese unterstützten auf verschiedene Weise die AnarchistInnen und SyndikalistInnen Chiles, sei es durch verschiedene Solidaritätsveranstaltungen, um Geld zu sammeln, oder indem sie Informationen über die Situation des Landes verbreiteten.

Viele der chilenischen Libertären, die ins Exil gingen, gründeten mit anderen geflüchteten AnarchistInnen, die sich in Europa befanden, im Jahre 1978 die Coordinadora Libertaria Latino-



americana. Mit ihr informierte man regelmäßig über die Repression, die in Chile und in anderen Ländern herrschte, wo es eine Diktatur gab. Sie organisierten außerdem das erste Treffen von lateinamerikanischen AnarchistInnen im Exil, das am 31. Januar 1981 in Paris stattfand und an dem fünfzig AnarchistInnen teilnahmen, die sich in einer solchen Situation befanden.

Sicherlich machten die AnarchistInnen eine sehr kleine Gruppe innerhalb des antidiktatorischen Widerstandes aus, sowohl in Europa als auch im Land. Trotzdem erreichten einige Solidaritätsaktionen einen Effekt, der über die reduzierten

Gruppen hinausging. Dies war der Fall bei der Unterstützung der Gefangenen der VOP oder die Aktionen der Aufklärung über das Regime, welche in Europa stattfanden. Etwas passierte in der libertären Bewegung. Ausgehend von den Solidaritätsaktionen und der Reorganisation, die in diesen Jahren stattfanden, begann der chilenischen Anarchismus seine Wiedergeburt.

Der Fall der Mauer 1989 in Berlin der Niedergang des sogenannten „realen Sozialismus“, die Rückkehr der Libertären aus dem Exil, eine neue Welle des Interesses der Jugendlichen im Hinblick auf das anarchistische Denken, der Einbruch der Punk-

Musik und ungezählte andere Prozesse hatten Einfluss auf dieses Wiederaufblühen.

Aber das ist eine andere Geschichte. Hier endet dieser kurze Überblick. Ohne Zweifel sind viele kleine Geschichten nicht erwähnt, auf Grund des reduzierten Raums, den wir zur Verfügung haben, oder aber, weil sie keine Spuren hinterlassen haben. Und sowieso sind alle Bilder, die wir von der Vergangenheit schaffen, nur Annäherungen.

Victor Muñoz C.

Übersetzung aus dem Spanischen: Cornelia

Quelle: [www.elciudadano.cl/2013/10/21/91609/los-anarquistas-bajo-la-dictadura-de-pinochet-en-chile/](http://www.elciudadano.cl/2013/10/21/91609/los-anarquistas-bajo-la-dictadura-de-pinochet-en-chile/)

Fortsetzung von vorheriger Seite

## Über die Ereignisse in der Ukraine

stand, versuchte, das Gebäude der Präsidentsverwaltung an der Bankowaja-Straße zu stürmen und die Polizeikordone mit Hilfe einer Planierdraht zu durchbrechen.

Die Opposition bezeichnete später die Angreifer als „Provokateure“. Es gab eine Schlägerei zwischen Anhängern und Gegnern des Planierdrahteneinsatzes. Der „Berkut“-Trupp setzte Tränengas und Schockgranaten ein. Die Oppositionellen besetzten die Kiewer Stadtverwaltung und das Gewerkschaftshaus 4; dort wurde der „Stab des Nationalen Widerstandes“ organisiert. Sein Initiator war Oleg Tjagnibok.

Die Polizei erklärte, dass die „Swoboda“-Partei und die nationalistische Partei „Bratstvo“ („Brüderlichkeit“) mit Dmitrij Kortschinski an der Spitze für diese Exzesse verantwortlich seien. Eine Autokolonne versuchte, zur Residenz des Präsi-

denten in Meshigorje zu gelangen, wurde aber durch die Polizei gestoppt. Um 21 Uhr versuchten die antikommunistischen Aktivisten ein Lenin-Denkmal zu zerstören, aber die Sicherheitskräfte verhinderten das.

Am 2. Dezember blockierten die DemonstrantInnen die Arbeit ukrainischen Regierungstruppen des Innenministeriums wurden in die Stadt verlegt. Die AktivistInnen, die in der Nacht der Auflösung der Majdan-Demonstration festgenommen wurden, wurden später wieder freigelassen. Die am 1. Dezember Festgenommenen bleiben in Haft. Die Oppositionspolitiker fordern den Rücktritt der Regierung und des Präsidenten. Die Financial Times berichtete, dass Pjotr Poroschenko der neue Ministerpräsident werde. Er könnte eine Kompromissfigur für Regierung und Opposition sein: Als

einer der reichsten Menschen des Landes ist er fraktionsloses Parlamentsmitglied, sitzt im Parlamentskomitee für Fragen der Eurointegration und nahm am „Euromajdan“ teil.

Am 3. Dezember lehnte aber das Parlament den Rücktritt der Regierung ab: Der Antrag bekam nur 186 Stimmen (nötig gewesen wären mindestens 226). Meines Erachtens wird nun alles mittels Vereinbarungen hinter den Kulissen zwischen der Regierung und der Opposition entschieden. Die Regierung ist zu einigen Zugeständnissen bereit. Die Unterschiede zwischen den Machthabenden und der Opposition sind relativ. Die Opposition ist ebenso eine Vertreterin des Großkapitals wie die Regierung; sie hat etwa 40% der Sitze im Parlament, ist in der Exekutive und im Gerichtssystem vertreten und hat auch mehrere Sitze in den Stadt- und Regionalverwal-

tungen (besonders im Westen und im Zentrum des Landes). Die Straßenproteste sind für die Opposition nur noch ein Mittel zur Erpressung der Regierung.

### Fazit

Der Weg zu einer direkten Demokratie und Selbstverwaltung in der Ukraine ist noch sehr lang. Insgesamt kann man zu dem Schluss kommen, dass in der Ukraine ein Kampf zwischen den internationalen ka-

pitalistischen Machtzentren und diversen finanziell-politischen Gruppierungen um politischen und ökonomischen Einfluss vor sich geht.

Die arbeitende Klasse hat in diesem Kampf nichts zu suchen. Und sie nimmt kaum an ihm teil. Das Proletariat der Ukraine ist konfrontiert mit der tagtäglichen Arbeitslosigkeit, mit der Inflation und dem niedrigen Lebensstandard, mit der Willkür der Unternehmer usw., und die unverständlichen Ziele der

Beteiligung an internationalen kapitalistischen Bündnissen wie der EU oder der Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan liegen ihm ziemlich fern. Nur der Klassenkampf und die globale Klassensolidarität können die arbeitenden Menschen in der Ukraine und der ganzen Welt befreien.

Buscador de la Verdad (Ukraine)

Übersetzung für die GWR aus dem Russischen: Vadim Damier

Anzeige

**Schwerpunkt**  
**Flüchtlingsproteste und Solidarität**

- women in exile: Flüchtlingsfrauen werde laut
- Lampedusa Hamburg: Wir sind hier, wir bleiben!
- Entlassen wegen positiver Einstellung zu Flüchtlingen

EIN SCHNUPPERABO 3 MONATE FREI HAUS GIBT ES FÜR NUR 5€!  
 Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!  
 Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzug.

Problemlösung: [www.contraste.org](http://www.contraste.org) Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V., PF 10 45 20, D - 6905 Heidelberg

**CONTRASTE**  
 DIE MONATSEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

**HAMBURG: RIOT-COUTURE AUS DER ROTEN FLORA**  
 Das seit 24 Jahren besetzte autonome Zentrum Rote Flora befürchtet einen neuen Verkaufsversuch des Besitzers.

**ARBEITSKAMPF GEGEN UNILEVER**  
 Die ArbeiterInnen der Teefabrik 'fralib' kämpfen gegen Unilever, die zwar die Fabrik übergeben haben, aber nicht die Marke L'elephant.

**MONDRAGON - HUMANITY AT WORK**  
 Interview mit Ainara Udaondo and Frederick Freundlich von der Universität Mondragón zu aktuellen Fragen und Herausforderungen des Genossenschaftsverbundes.

**LANDWIRTSCHAFT**  
 Bienenstöcke in der Stadt. Gemeinschaftsgärten im Hinterhof und Bauernhöfe im Kollektivbesitz – das Interesse an solidarisch produzierten Nahrungsmitteln wächst.